

# Wirtschaft

Halle, Montag, den 20. August 1923

## Boincares Sonntagsrede.

### Eine Ohrfeige an England.

Boincares wiederholt seine „offen Kamellen“.

Paris, 20. August. (Eigene Drahtmeldung.) Boincares hielt Sonntag in Charleville anlässlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals eine angedeutete Rede. Der Ministerpräsident erklärte er müsse daran erinnern, daß nach dem Kriege die Alliierten die geistig und so jählich erschienen, daß man glauben konnte, nichts würde sie trennen können. Die Wölfer seien aber wie die Anubiden, sie seien im Unglück viel geistiger als im Glück. Die Italiener hätten hierzu das passende Sprichwort: Passato il pericolo, gabbiato il diavolo, d. h. wenn die Gefahr vorüber ist, ist auch mehr als der Teufel. Die öffentliche Meinung der Welt müsse gegen diesen Egoismus anspannen. Was Frankreich angehe, so werde es fortpähen, alles zu tun, um seine Politik der der Alliierten zu nähern.

England belege sich über die Arbeitslosigkeit. Die englische Regierung täusche sich aber, wenn sie die Arbeitslosigkeit mit der Forderung der Ruhe im Zusammenhang bringe. Seit einem Jahre, als die Ruhe noch nicht begehrt war, die Zahl der Arbeitslosen in England viel größer geworden ist.

Die englische Statistik beweise außerdem, daß der englische Außenhandel in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres größer gewesen sei als im Vorjahre. Auch der Transithandel, der die englische Schiffahrt ganz besonders interessiere, sei sich erhöht. Wenn man sich Rechenschaft gebe, so sei General Depoutte nicht daran schuld. Es sei auch kein glückliches Fragment, die Realität der Ruhrkräftigen bestritten zu wollen. Es sei ferner auf Grund des Boincarre-Vertrages und früherer gemeinsamer Erklärungen aller Alliierten, England einbezogen, auf diesen Einwand zu antworten. Anstatt aber eine solche Kontroverse zu verfolgen, wäre es besser, gemeinsam eine praktische Lösung zu versuchen.

Das wirtschaftlich und metallische Gleichgewicht werde in Europa erst dann wieder hergestellt, wenn es auf der Grundlage der Gerechtigkeit (?) aufgebaut werde, die die Alliierten während des Krieges begehrt habe. Die Gerechtigkeit fordere aber volle Bezahlung der Reparationen, Frankreich wolle nichts anderes und England wolle nichts anderes wollen. Man müsse sich einmal dazu gelangen, sich zu verpflichten, die Reparationen zu bezahlen. Die Reparationen aus dem beteiligten Völkern und auch im Verhältnis zu England erhalten habe, erhebe er, daß die öffentliche Meinung des Auslandes die Gerechtigkeit der französischen Sache täglich mehr anerkennt. Diese öffentliche Meinung finde die Anfrage wegen Imperialismus, die man seit drei Jahren gegen Frankreich erhebt, lächerlich (?). Man verleihe zu diesem Zweck dem republikanischen Frankreich mit dem Kaiser Ludwig XIV. und Napoleon. Ein Reichstag selbst hat Herr Stresemann am Vorabend seines Aufstieges zum Kanzleramt um zum Vorwurf gemacht, Napoleon nachzuahmen, die deutsche Seele zu vernichten und sie durch imperialistische Transaktionen zu zerstören. Gehen die Forderungserwartungen von uns aus.

Was Fremden in Wirtschaft in uns bekämpfte, war der Geist der Revolution. An dem Tage, an dem das Gesetz von Stein zu dem nationalen Geiste Deutschlands das militärische Streikwesen Deutschlands als Ergänzung hinzufügte, konnte Deutschland von Frankreich nichts mehr verlangen.

Genau hat Frankreich 1870 ohne Widerstand die Fortschritte der deutschen Einheit wahrgenommen. Warum hat Deutschland ein solches Verhalten nicht im Jahre 1914 zu verwirklichen und sie für die Zukunft auszubauen, zwei Fronten statt der bisherigen Fronte ihrer Einwohner unterst? Hat sich, als Deutschland von einem großen Wahnsinn versetzt, der die Wölfer wie die einzelnen Menschen ins Verderben führte, 1914 einen wahnwitzigen Angriff gegen Belgien und Frankreich unternommen, ein solches Verhalten nicht als notwendig und als notwendig zur Wiederherstellung eines Gleichgewichts zu betrachten? Was unsere Fremde, wie auch diejenigen, die nicht auf unserer Seite gestanden haben, die diese Aktion der Geschichte ins Gedächtnis zurückrufen. Ein auf Ungerechtigkeit begründeter Friede ist stets unklar und unbeständig. Lassen wir daher den Vertrag nicht an und fallen wir den mächtigsten Augen, vernünftigen und friedlichen (?) Entscheidungen die annehmenden Verpflichtungen zu respektieren und ihnen Geltung zu verschaffen.

Diese Rede ist sowohl in Deutschland als auch in Frankreich mit großer Spannung erwartet worden, da sie angeblich als Ergänzung auf die letzten Erklärungen des Reichspräsidenten im deutschen Reichstag gedacht war, und da man aus den französischen Presseberichten der letzten Tage eine Änderung in der Politik Boincares zum neuen Kabinett Stresemann gegenüber herausfinden zu können glaubte. Am das gleich vorher zu nehmen: Die Bedingungen für einen Frieden sind nicht durch nichts veränderlich die deutsche Rede Boincares zu der Annahme, daß Boincares etwa beabsichtige, seine bisherige imperialistische Politik dem neuen Kabinett gegenüber etwa in eine mehr wohlwollende umzuwandeln. Was den Inhalt der Rede anbelangt, so kann man eigentlich sagen, die Redezeit Boincares am gestrigen Sonntag war keine darin, gar nichts zu sagen, denn das, was er sagte, waren die auf dem Wachen, die in unerschöpflicher Weise die Forderungen seiner Redebeute anfertigen, ausnahmslos das wiederholen, was wir aus demselben Munde schon zur Genüge gehört haben. Boincares sprach von den „Gefahren“, die die Einheit der Entente in letzter Zeit bedrohten. Sehr deutsche Worte richtete er in diesen Zusammenhänge an die Adressen Englands und dieser Punkt ist eigentlich der bemerkenswerteste und interessanteste seiner ganzen Rede. Denn das, was Boincares hier über die Ursachen der Ruhrbesetzung auf das Wirtschaftliche Englands ausführt, bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Behauptung, England habe an der französisch-belgischen Ruhrbesetzung verfehlt. Die Engländer werden über diese Ausführungen Boincares keine reine Freude empfinden. Es folgen dann die bekannten „Anfragen“ gegen Deutschland, wegen der „notwendigen Maßnahmen“

„Wirtschaft“ des Boincarre-Vertrages. All die „offen Kamellen“, wie die unverweigte Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ und die War von dem betrügerischen und „notwendigen“ Bankrott Deutschlands werden uns frühzeitig wieder aufgeführt. Und diesem verdrückten Deutschland wird auch heute die „Kriegliche“ und nur auf das Wohl Europas abzielende Politik Frankreichs gegenübergestellt. Boincares hat es also verstanden zu reden, ohne überhaupt etwas Neues zu sagen, wenn man von der Ohrfeige absieht, die er an England ausgeht und die das einst so mächtige Reich bei der augenscheinlich mitleidlichen Vorzugssetzung Frankreichs wohl eher über sich ergehen lassen müßte. Das Problem der Reparationen und der Ruhrbesetzung, deren dringende Lösung eine Gelung und Befriedigung Europas unmöglich ist, ist durch diese Rede der Lösung keinen Schritt näher gebracht worden. Die Schlussfolgerung daraus für das deutsche Volk ist: Einsig und allein auf sich selbst gestellt und im dem festen Glauben an die Gerechtigkeit seines Kampfes auszuhalten im unerschütterlichen Widerstand an Rhein und Ruhr!

### Der Widerhall der Boincarre-Rede.

Wird Stresemann antworten? Parier Kombinationen.

Berlin, 20. August. (Eig. Drahtmeldung.) In unterrichteten politischen Kreisen wird die Rede Boincares in Charleville mit einer gewissen Enttäuschung aufgenommen; man betont, daß sie so gar keine Details, namentlich keine, daß ihr ansehender das höchste Worte zugrunde liege, „Zeit zu gewinnen“. Eine Erklärung der Reichsregierung zu dieser Rede wird nicht erfolgen, doch erhebt es sich ausgiebig, daß Reichsanwalt Dr. Stresemann in den nächsten Tagen in einer großen politischen Rede auf einige von Boincares berührte Punkte zurückkommen wird.

Paris 20. August. (Eigene Drahtmeldung.) Die getriggerte Rede Boincares hat hier in eingeweihten Kreisen keine Überraschung hervorgerufen. Man erwartet, daß Stresemann gegenüber Boincares man zunächst eine abwartende Haltung einnehmen werde. Ganz allgemein wird aber angenommen, daß Boincares sich mit Rücksicht auf die Stresemann bedrängenden Schwierigkeiten, von denen die Lebensgefährtin, in der der Kanzler sich befindet, nicht als die geringste angehen ließe, eine so große Zurückhaltung anfertige, und es heißt, daß der transmittierte Ministerpräsident für nicht zugehen werde, bis Stresemann das Wort gefasst und sein wahres Gesicht gezeigt habe.

### Die belgische Note.

Paris, 20. August. (Eigene Drahtmeldung.) Brüsseler Nachrichten zufolge sind Deunis und Salpator bei der Prüfung der belgischen Note zu dem Resultat gekommen, daß eine neue Fassung des französischen Dokuments im Ministerium überflüssig sei. Es heißen die Note für vollkommen. Die belgischen Minister werden am Mittwoch den Vorkauf der belgischen Note festlegen, die dem zwei oder drei Tage nach der französischen in London einreichen wird. Dem „Main“ zufolge ist sich die französische Regierung im Klaren, daß die belgische Antwort in großen und kleinen der Note Boincares entsprechen wird. Die belgische Note wird auch die Möglichkeit einer internationalen Unterhaltung zum Zweck einer allgemeinen Lösung des Reparationsproblems in den Vordergrund rücken.

### Der Kanzler über die Verkehrsverbre.

Erdrosselungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden.

Sannover, 19. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der Beschluß der Rheinlandkommission, die Grenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet wieder geschlossen zu halten, hat den Berliner Vertreter des „Sann Kuriers“ veranlaßt, den Reichskanzler zu bitten, sich zu diesem neuen Gewaltakt der Franzosen zu äußern. Dr. Stresemann sagte in der Unterredung u. a.:

Diese Ereignisse führen nur dazu, die Gefühle der Erbitterung in Deutschland zu vermehren. Das Bewußtsein des uns durch die Besetzung der Ruhr angehen Unrechts, das erst den positiven Widerstand hervorgerufen hat, macht es gerade jetzt, wo Reparationen und Wölfer von ganz Europa sich endlich zu dem Willen zusammenfinden, die dem gegenwärtigen Zustand der Unruhe ein Ende zu machen, dem deutschen Volk außerordentlich schwer, seiner Regierung auf dem Wege der Besonnenheit und der nüchternen Überlegung zu folgen. Ich kann nur den Wunsch aussprechen, daß man inselbständig in Frankreich darüber nachdenken möge, ob es richtig ist, sich mit den Geboten der Menschlichkeit und der Fernsinn erneut in Widerspruch zu legen.

Sonnabend, 20. August. Die Reichsfinanzverwaltung hat bekanntlich vom Finanzminister die Ermächtigung erhalten, Scheine über 1 Million auszugeben. Die Rheinlandkommission hat nunmehr beschlossen, den Umlauf dieser Scheine im besetzten Gebiete zu verhindern. Scheine dieser Art, die in das besetzte Gebiet kommen, werden beschlagnahmt und vernichtet ohne Entschädigung der Besitzer. Durch die Maßnahmen der Rheinlandkommission sind im Saargebiet Zustände geschaffen worden, die sich bei längerer Dauer für die rheinische Industrie zu einer Katastrophe auswirken. Nachdem die Industrie durch Streiks zu monatelangem Stilllegen gezwungen war, kann sie jetzt ihre Produkte, wegen der unannehmbaren Untermöglichkeit Frankreichs und der Abwertung von Deutschmark, nicht absetzen. Sie muß deshalb in kürzester Frist ihre Produktion entweder einstellen oder ganz billigen Gleichzeitigkeit sich für den Handel der Möglichkeit berufen, die Bevölkerung mit billigen Waren zu versorgen. Der Wirtschaftskreis des Saargebietes hat deshalb an die Reparationskommission die Aufforderung gerichtet, mit aller Energie gegen die Abkürzung des Saargebietes von Deutschland vorzugehen.

## Staatsbürgerliche Pflichterfüllung.

Zeitgedanken eines Emdenbüblers.

Von Gustav Ziegler.

Wir fordern auf staatsbürgerlichem Gebiet ein neues und tatkräftiges Pflicht- und Ehrgefühl. Mit diesem Satz fordern wir eine vollständige Umstellung des gesamten deutschen Volkes gegenüber seinen staatsbürgerlichen Pflichten. Wie wir das zu verstehen, wird weiter unten ausgeführt werden. Bereit ist die Notwendigkeit dieser Umstellung mit einem Zitat illustriert. Denn nur aus der Erkenntnis der völligen Mangelhaftigkeit des bisherigen Zustandes wird der Wille zur notwendigen Abhilfe entspringen. Man kann immer wieder hören, daß wir Deutsche ein unmaßiges Volk sind. Viele nehmen diese Feststellung als ein unüberwindliches Schicksal hin, andere erheben sich wieder in gelehrten Ausführungen über die gewisse Verantwortung des Deutschen, die ihm für Politik ungeeignet erscheinen lassen. Das führt aber alles nicht zur Lösung des Problems. Ist nicht, daß kaum ein anderes Volk wie das deutsche so unter Gegenwärtigkeiten der verdienstlichen Art leidet, welche bisher die Bildung eines einheitlichen politischen Volkswillens verhindert haben. Die Folge dieser Erkenntnis hätte es sein müssen, daß mit verdoppelter Kraft an die Überwindung der Schwierigkeiten herangetreten werde. Wie war es nun aber in der Wirklichkeit?

Die Gründung des Deutschen Reiches hat dem deutschen Bürger das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag gebracht. Der Bürger wurde also zur Mitbestimmung über das Geschick seines Vaterlandes berufen. In die Hände der Gesamtheit wurde eine große Macht gelegt, welche nur dann unerschütterlich sein konnte, wenn dieser Macht auch ein gleichwertiges Verantwortungsbewußtsein entsprach. Dieses hätte dem einzelnen sagen müssen, daß er einen Anteil an der Politik nehmen muß, daß dies nur möglich ist durch Selbstaufopferung an einer politischen Partei und durch opferwillige Mitarbeit in derselben. Vor allem hätten die Schichten, welche Bildung und Besitz vertragen, bestrift sein müssen, der Allgemeinheit ein gutes Vorbild zu geben. Tausendfach wurden diese Pflichten von einem Großteil des Bürgertums, vor allem aber von den Vertretern der oberen Schichten, mit einer geradezu kräftigen Leichtigkeit erfüllt. Schon lange vor der Revolution vernachlässigt, und diese Kräfte scheinen auch durch die Not unseres Volkes noch nicht beseitigt zu haben. Ja, die Teilnahmlosigkeit am parteipolitischen Leben wurde im Beamtentum großenteils zum System ausgebildet, indem die Jerschke ihre Geltung verlor, daß der Beamte auch äußerlich dem Parteiloben objektiv gegenüberüberlebte. Der Erfolg war auch danach. Der Normalbürger glaubte, seine Pflicht gegenüber dem Staate erfüllt zu haben, wenn er alle paar Jahre am Wahltag in die Wahlzelle schritt, dort geheimnisvoll seinen Stimmzettel in den Umschlag häufte, und nach Abgabe desselben ob der Unentschiedenheit der Abstimmung vorwärts und nachrückend lächelnd den Wahlraum verließ. War es wunderbarerweise, daß auch die Ergebnisse der Wahlen den Staatsmännern nicht gerecht wurden?

So sehen wir, daß es an dem Bürgertum schon da gefehlt hat, wo im Hinblick auf die Verfassung Befürworter und tätige Anteilnahme hätten selbstverständlich sein sollen. Seien wir uns aber darüber klar, der Mangel, auf den wir hingewiesen haben, liegt nicht auf dem Gebiete der politischen Befähigung des deutschen Volkes, sondern auf dem Gebiete der Moral und zeigt uns einen so tiefen Stand unserer öffentlichen Moral an, daß dieser nicht erst genannt werden muß. Es fehlt beiden Kreisen des deutschen Volkes dertat: an geistiger und freier Jucht, daß es noch nicht zur Anerkennung der selbstverständlichen Pflicht gegenüber dem Staat gekommen ist, auch heute noch nicht, in der Zeit der höchsten Not unseres Volkes.

Man fängt nun wohl an, einzusehen, daß in der Parteipolitik Ungelegenheit geleistet wurde, man sieht aber wieder den Kopf in den Sand und geht nicht den wahren Gründen dieser Erscheinung nach, die darin zu finden sind, daß die meisten Staatsbürger und gerade diejenigen, die nach Kriegsfähigkeit und Stellung ein Vorbild hätten geben müssen, sich nicht tätig an dem Kampf um einen gebunden politischen Volkswillen beteiligten, es am liebsten an der Handlung der Pflichterfüllung haben festhalten lassen. Darum ist es unerlässlich, daß unter Aufbruch eines neuen und tatkräftigen Pflicht- und Ehrgefühls auf dem staatsbürgerlichen Gebiet überall geföhrt wird.

Es ist aber nicht an dem, daß sich die staatsbürgerliche Pflichterfüllung in der tätigen Anteilnahme am Parteiloben zu erschöpfen hat. Diese sollte vielmehr nur ein Teil von der Beteiligung einer kritisch ersten Pflichterfüllung gegenüber dem Staat sein. Bei überwiegender Einwirkung auf Parteipolitik unterliegt der Deutsche leicht der Gefahr, den Blick für das Ganze zu verlieren und die Partei über das Vaterland zu setzen. Nichts könnte uns heute weniger frommen, als sich die Parteipolitik zu verschreiben. Unter staatsbürgerlicher Pflichterfüllung verstehen wir vielmehr die planmäßige Einsetzung unserer Gedanken und Handlungen auf die Bedürfnisse der Gesamtheit des Volkes und des Staates. Sie ist daselbst, was nicht damit meine, daß jeder Deutsche so handeln soll, als ob er allein für das Schicksal seines Vaterlandes verantwortlich wäre. Sie ist der hingebende und opferbereite Dienst am Staat und an der Volksgemeinschaft schlechthin und kann seine Grenzen nie über die Volksgemeinschaft hinausgehen und kann Privatangelegenheiten, zu denen nicht auch unter dem Gesichtspunkt des Gebehens der Gesamtheit Stellung zu nehmen ist. Auch die Gebensgegenstände des einzelnen sind der Kontrolle nach diesem Gesichtspunkt zu unterwerfen. Hierin hat ein jeder, und zwar ein jeder ohne Ausnahme, an sich zu arbeiten,

